

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
12. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 05.07.2011 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
20:00

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bovert

CDU-Fraktion

Stv. Harald Giebels

bis TOP 3

Stv. Marlies Goetze

Stv. Udo Greeff

Vertretung für Stv. Jens Lemke

Stv. Dr. Dieter Gräßler

Stv. Gerd Holberg

Stv. Meike Lukat

ab TOP 3.1 für Stv Giebels

Stv. Klaus Mentrop

Stv. Brigitte Taschke

Vertretung für Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Michael Petersen

Vertretung für Stv. Heinrich Wolfspenger

Stv. Wilfried Pohler

Stv. Michael Schneider

Vertretung für Stv. Walter Drennhaus

Stv. Bernd Stracke

Stv. Ute Wollmann

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

Stv. Klaus Straßburg

Stv. Arnd Vossieg

Vertretung für Stv. Friedhelm Kohl

GAL-Fraktion

Stv. Andreas Rehm

Stv. Jochen Sack

Vertretung für Stv. Petra Lerch

UWG-Fraktion

Stv. Gerhard Herder

Vertretung für Stv. Karl-Hermann Käpernick

Die Linke

Stv. Michael Henchoz

Schriftführer

Herr Ingo Meyer

Verwaltung

Frau Marita Duske

1. Beigeordnete Dagmar Formella
Herr Claus Hippel
Herr Michael Rennert
Frau Sabine Riekel

Bürgermeister Knut vom Bover eröffnet um 17:00 Uhr die 12. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

1./ **Neubau der Grundschule Mittelhaan und der Musikschule hier: Namensgebung Vorlage: 40/027/2011**

Protokoll:

Stv Ruppert und **Stv Goetze** schlagen vor, bei der Namensgebung der Grundschule Mittelhaan und der Musikschule das Votum der Bürger abzuwarten. Hierzu laufe bereits eine Bürgerbefragung, deren Ergebnis bis Ende Juli 2011 feststünde.

Nach **Stv Pohler** sollten hierzu seitens der Politik keine großen Aktivitäten entwickelt werden. Er könne sich vorstellen, dass anstatt des Namens "Grundschule Mittelhaan" der Name einer Künstlerin bzw. Künstlers als Namensbestandteil aufgenommen werde. Eine Umbenennung der Gebäude halte er für nicht sinnvoll. Die Schule solle über die Namensgebung der Schule selber befinden.

Stv Dr. Grässler möchte die Entscheidung vertagen. Man könne hierüber im nächsten Schul- und Sportausschuss beraten.

Bm vom Bover stellt heraus, dass sich die Beteiligten hierzu bereits viel Mühe gegeben hätten, um entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Man solle über die Namensgebung befinden, wenn die Bürgerbefragung abgeschlossen sei.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

Über die Entscheidung zur Namensgebung wird im nächsten HFA am 04.10.2011 beraten, da die Bürgerbefragung erst Ende Juli 2011 abgeschlossen ist.

**2./ Ganztagsoffensive
Pädagogische Übermittagbetreuung
Vorlage: 40/028/2011**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

Dem Vorschlag der Verwaltung, mit der Organisation und Durchführung des Angebotes der „Pädagogischen Übermittagbetreuung“ an Realschule und Gymnasium für die Dauer des Schuljahres 2011/2012 den Verein „Interaktiv e.V.“ zu beauftragen, wird vorbehaltlich der Zustimmung der Schulkonferenzen sowie dem Erhalt von Landesmitteln zugestimmt.

Ergänzend hierzu wird Interaktiv e.V. ebenfalls für die Dauer des Schuljahres 2011/2012 mit der Durchführung und Organisation des Mittagstisches an allen drei weiterführenden Schulen (Hauptschule „Zum Diek, Emil-Barth-Realschule und Gymnasium) beauftragt.

Basis für die Verhandlungen bilden die als Anlage 1 beigefügten Entwürfe der jeweiligen Kooperationsvereinbarungen.

**3./ Harzverschmutzung in den Sporthallen der Stadt Haan
Vorstellung eines Konzeptes
Vorlage: 40/029/2011**

Protokoll:

Bm vom Bover meint, dass eine Entscheidung bezüglich des Harzverbotes sowohl in die eine, als auch in die andere Richtung denkbar sei. Aus Sicht von "Unitas" würde das Harzverbot den Verein in Meisterschaftsspielen einseitig benachteiligen, da vielen Konkurrenzvereinen die Nutzung von Harz in deren Hallen erlaubt sei. Die Möglichkeit, wasserverdünntes Harz alternativ zu nutzen, sei nicht zielführend. Aus Sicht der Verwaltung und Politik seien jedoch wirtschaftliche wie auch sicherheitstechnische Aspekte maßgeblich, welches ein Verbot zur Nutzung von Harz nach sich ziehen müsse.

1. Bgo Formella ergänzt hierzu, dass es hierbei um eine politische Bestätigung des Harzverbotes handele, welche auch dem Schutz der Neu-Sanierungen diene.

Stv Dr. Grässler ist der Meinung, dass die Benutzung von Harz nur für Handballer ab 2. Bundesliga im Bereich Nordrhein vorgesehen sei. Das "Harzen" stelle eine Gefahr für den Schulsport dar. Ein Verbot der Benutzung von Harz würde von ihm befürwortet. Er schlage vor, eine Lösung wie in Mettmann anzustreben. Dort würden Spiele bei denen die Nutzung von Harz festgestellt wird, sofort abgebrochen.

Bm vom Bover erläutert, dass bereits der Handballverband versucht habe, ein Harzverbot durchzusetzen und dabei gescheitert sei. Aus Sicht des Verbandes sei man froh, wenn sich die Politik des Themas annehmen würde.

Stv Pohler führt aus, dass die Hallen nicht nur für Handballer, sondern als Mehrzweckhallen auch anderen Sportarten und dem Schulsport zur Verfügung stünden. Bei der Durchsetzung eines Harzverbotes sehe er jedoch das Problem der entsprechenden Kontrolle. Er setze jedoch auf die Einsicht der betroffenen Vereine, dass ein Harzverbot notwendig sei. Es wäre, gut die Vereine zu Gespräche an einen Tisch zu holen, um danach einen Beschluss zu fassen.

Bm vom Bover erläutert eine Mitteilung von "Unitas", wonach der Verein ohne den Einsatz von Harz bei den Spielen, den angepeilten Aufstieg aufgrund der Wettbewerbsverzerrungen nicht schaffen könne. Der Verein "HTV" habe hingegen mitgeteilt, dass man sich bezüglich eines möglichen Harz-Verbotes anpassen werde.

Stv Rehm befürwortet grundsätzlich ein generelles Harzverbot in den Haaner Mehrzweckhallen. Er weist darauf hin, dass man jedoch für die Zukunft eine Lösung des Problems, auch im Sinne der Vereine finden müsse.

Stv Stracke schlägt vor, Vereine durch die Verwaltung über das Harzverbot zu informieren und auf das bestehende Hausrecht hinzuweisen. Man solle insbesondere Unitas darauf hinweisen, dass der Verein bei den Handballspielen ein "Allgemeingut" nutzen würde, für deren Betrieb und Unterhaltung jeder einzelne Bürger - nicht "Unitas" als Verein - aufkommen müsse.

Nach Meinung von **Stv Herder** müsse die Nutzung eines Allgemeingutes so erfolgen, dass die Einrichtungen pfleglich behandelt und unnötige Kosten vermieden würden. Man habe seitens der Stadt viel Geld für die Einrichtung und Erhalt der Hallen in die Hand genommen. Man solle sich nicht von "Minderheiten" unter Druck setzen lassen.

Bm vom Bover erläutert Stv Herder, dass der Verein "Unitas" nie das Ziel gehabt habe, die Stadt mit einer möglichen Standortfrage unter Druck zu setzen. Vielmehr habe der Verein aufzeigen wollen, unter welchen Voraussetzungen ein Aufstieg möglich bzw. nicht möglich sei. Dass bei Durchsetzung des Harzverbotes, das aus Sicht des Vereines einem Nichtaufstieg gleichkomme, der Standort Haan in Frage gestellt werde, sei nachvollziehbar. Der Verein habe im Grunde nur die Situation geschildert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

- 1./ Das in den Sporthallen der Stadt Haan bestehende Harzverbot wird bestätigt.
- 2./ Die Verwaltung wird beauftragt, basierend auf dem als Anlage zur Sitzungsvorlage 40/029/2011 beigefügten Entwurfs, ein Konzept zur nachhaltigen Umsetzung des Harzverbotes in den Haaner Sporthallen zu entwickeln und zwecks endgültiger Abstimmung im nächsten Schul- und Sportausschuss im Herbst diesen Jahres vorzustellen.

3.1. Anträge der CDU-Fraktion u. SPD-Fraktion vom 27.06.2011
/ hier: Sanierung Sportplatz Gruitzen
Vorlage: 40/032/2011

Protokoll:

Die Beratungen über Finanzierung und Auftragsvergabe werden im nicht-öffentlichen Teil unter TOP 10.1 beraten.

Abstimmungsergebnis:

zu Ziffer 1 (Antrag CDU vom 28.06.2011)

Ja: 19 Stimmen
Nein: 0 Stimmen
Enthaltungen: 1 Stimme

zu Ziffer 2 (Antrag CDU vom 28.06.2011)

Ja: 19 Stimmen
Nein: 0 Stimmen
Enthaltungen: 1 Stimme

zu Ziffer 3 (Antrag CDU vom 28.06.2011)

Antrag wurde seitens der CDU-Fraktion zurück genommen

Beschluss:

Die Sportpauschale der Jahre 2011 bis 2014 wird unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Förderung der Landesregierung und dem Finanzierungsnachweis "Sanierung Sportplatz Gruiten" für die Sanierung des Sportplatz Gruiten eingesetzt.

3.2. Aufhebung eines Sperrvermerks im Produkt 090110 "Räumliche Planung / und Entwicklung"
Vorlage: 61/061/2011

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Der Sperrvermerk für die Planungen zum Sportplatz Gruiten an vorhandener Stelle im Produkt 090110 "Räumliche Planung und Entwicklung" unter der Aufwandsart Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wird aufgehoben."

3.3. Richtlinien für die Sportlerehrung **/ Vorlage: 40/030/2011**

Protokoll:

Stv Greeff stellt für die CDU-Fraktion den Antrag, auch die 40. , 50. , 60. und ggfs. die 70. Wiederholung des Sportabzeichens in die Entscheidung über die Sportlerehrung mit einzubeziehen.

Stv Pohler beantragt die Sportlerehrung wie in der Vorlage vorgesehen zu beschließen.

Stv Ruppert möchte dem Vorschlag des Stadt- Sportbundes folgen.

Bm vom Bover will in einem Telefonat mit dem Vorsitzenden des Stadt- Sportbundes ergründen, wieso die Entscheidung des Stadtsportbundes in Bezug auf die Sportlerehrungen so eng gefasst ist.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

Die Entscheidung über die Sportlerehrung wird zur Beratung und Beschlussfassung in den nächsten RAT geschoben.

4./ Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen für Kinder vom 22.02.2008 **Vorlage: 51/035/2011/1**

Protokoll:

Stv Goetze stimmt für die CDU-Fraktion der zehnjährigen Erhöhung gemäß Vorlage 51/035/2011/1 zu. Den Antrag der GAL-Fraktion lehne man ab. Die Erhöhung sei gut gestaffelt und moderat.

Stv Sack hält den Antrag der GAL-Fraktion weiterhin aufrecht. Er wirft der CDU- und FDP-Fraktion Wankelmütigkeit vor. Die Parteien hätten bereits vorher gewusst, dass bei der letzten Erhöhung 2009 Fehlbeträge auftreten würden. Mittlerweile gingen alle politischen Entscheidungen in Richtung Gebührenfreiheit in Bezug auf Kindergartenbeiträge. Aber CDU und FDP würden leider weiter bei ihren bisherigen Auffassungen verharren. Betroffene Familien müssten Vertrauen in die "Haaner" Familienpolitik haben können. Mit ihrer Mehrheit könne die CDU u. FDP zwar die geplante Erhöhung der KiTa Beiträge durchsetzen, jedoch echte Familienpolitik sähe anders aus. Schon jetzt würden viele Familien aus Haan abwandern.

Stv Pohler merkt an, dass mit einer zehn prozentigen Erhöhung der Kindergartenbeiträge keinerlei Konsolidierung des Haaner Haushaltes möglich sei. Die SPD befürworte die alte Regelung von 2009. Man solle aufgrund der Kenntnisse und Kompetenz den Empfehlungen des Jugendhilfeausschusses folgen, der in die gleiche Richtung ginge.

Stv Ruppert bezweifelt, dass die Höhe des KiTa Beitrages mit dem Zu- und Wegzug von Familien zusammenhängt. Dreißig Prozent der Familien würden aufgrund ihrer finanziellen Situation ohnehin keine Beiträge leisten müssen. Hinzu komme, dass die Hälfte der Beiträge von Familien getragen werde, welche in der höheren Einkommensklasse zu finden seien. Die Stadt Haan könne sich eine Beitragsfreiheit für alle Familien nicht leisten. Auch in Bezug auf den Nothaushalt wolle und könne man auf die moderate Erhöhung nicht verzichten. Den Vorwurf der Wankelmütigkeit weise man zurück. Jedoch räume man den Fehler ein, bei den entsprechenden Haushaltsberatungen im Rat den KiTa Beiträgen so zugestimmt zu haben.

Stv Goetze erläutert hierzu, dass aufgrund der damaligen Zahlen die Entwicklung, wie sie sich jetzt darstellt, nicht absehbar war. Die CDU wolle, wie von der Verwaltung in der Vorlage vorgeschlagen, abstimmen.

Stv Lukat merkt in Bezug auf die Kompetenz des Fachausschuss an, dass der Ausschuss den Sachverhalt auch nur von einer Seite – der Beitragstaffelung – her sehen müsse. Der HFA müsste die Angelegenheit jedoch auch von der Einnahmeseite her beleuchten. Finanzierungsausfälle müssten gerecht verteilt werden.

Stv Hohlberg bemängelt, dass das Wort "Sozial" in diesem Zusammenhang viel zu häufig gebraucht würde. Sozial sein hieße auch, Gelder einzusparen. Haan gehöre zu den wenigen Städten im Kreis, deren Beitragshöhe für Kita Beiträge aufgrund der moderaten Staffelung, allgemein als "sozial" angesehen würde.

Stv Rehm erläutert, dass man mit der Nichterhöhung ein Zeichen habe setzen wollen – auf ein familienfreundlicheres Haan. Wenn an irgendwelche Erhöhungen oder Einsparungsmöglichkeiten gedacht würde, wären immer erst die sozial Schwachen diejenigen, bei denen man die Hand aufhalten würde. Es könnten genauso gut auch einfach auch die Parkgebühren erhöht und die Brötchentaste entfernt werden.

Stv Stracke ärgert die Äußerung von Stv Ruppert, weil dieser Auszüge aus privaten Mails in Bezug des Themas "Besserverdienender" zwischen Ratsmitgliedern zitiere. Vorliegend gehe es nicht um die Belastung von Besserverdienenden, sondern den Umgang mit Familien im Allgemeinen.

Stv Sack wünscht sich eine differenziertere Betrachtung der Finanzierungslücken. Nicht nur KiTa Gebühren, Parkgebühren, Brötchentaste - eigentlich alles gehöre auf den Prüfstand – auch die Hebesätze.

Für **Stv Henchoz** sind die 10 % Erhöhung der KiTa Beiträge nicht der Weg

Stv Ruppert sieht keinen inneren Zusammenhang zwischen Erhöhung der KiTa Gebühren und Steuererhöhungen. Man habe sich in den letzten Jahren den Luxus geleistet, die Steuern nicht zu erhöhen. Dieses sei indirekt der Stadt, aber auch den Haaner Familien und Bürger zu Gute gekommen.

Stv Holberg informiert darüber, dass die Grundsteuer hier in Haan auch seit langem nicht mehr erhöht wurde. Daran hätten Haaner Familien und Bürger auch partizipiert.

Abstimmungsergebnis:

Antrag GAL-Fraktion: **Ja 9 Stimmen**
 Nein 11 Stimmen

Antrag CDU-Fraktion: **Ja 11 Stimmen**
 Nein 9 Stimmen

Beschluss:

1. Die von der Verwaltung zur Beschlussfassung vorgelegte Beitragsstaffelung auf der Basis der im Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2015 vorgeschlagenen Anhebung der Elternbeiträge um pauschal 10 v.H. (Beitragsstaffel A.) wird auf Antrag der CDU-Fraktion mehrheitlich beschlossen.

2. Die von der GAL-Ratsfraktion mit Schreiben vom 06.06.2011 beantragte Beibehaltung der geltenden Beitragssatzung (Ratsbeschluss vom 23.06.2009) wird mehrheitlich abgelehnt.

5./ Beschlusskontrolle
-hier: Beanstandung durch den Bürgermeister und
Aufhebung eines Ausschussbeschlusses
Vorlage: 32-1/002/2011/2

Protokoll:

Der TOP 5 "Beschlusskontrolle" wird von der Tagesordnung im HFA genommen und nach Vorlage der Stellungnahme des Bürgermeisters in der nächsten Ratssitzung beraten.

6./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

keine Anfragen

7./ Mitteilungen

Protokoll:

Es wird seitens Herrn Hippel auf den Tag der offenen Tür des Dezernat III am 09.07.2011 auf dem Gelände des Bauhofs hingewiesen, bei dem sich alle Ämter mit ihren Aufgaben präsentieren.